



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 159. Ratssitzung vom 5. November 2025

5354. 2025/417

**Beschlussantrag der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.09.2025:
Brückenschlag mit der Stadt Amed/Diyarbakır, Reise einer gemeinderätlichen
Delegation im Einklang mit den ökologischen Prinzipien der Stadt**

*Yves Henz (Grüne) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5115/2025): Wenn US-Präsidenten, die Junge Tat und andere faschistische Gruppierungen Mauern bauen wollen, antworten wir mit Brücken. Mit diesem Beschlussantrag wollen wir die Stärkung der Brückenschlag-Stadt Amed/Diyarbakır vorantreiben und damit die Stärkung von Demokratie, Ökologie und Minderheitenschutz über Zürich hinaus. Der Brückenschlag der Stadt Zürich hat eine bald zehnjährige Geschichte. Nach der Gründung im Jahr 2016 besuchten die Co-Bürgermeister*innen von Amed/Diyarbakır Zürich. Leider kam der Brückenschlag später ins Stocken, als die beiden Co-Bürgermeister*innen undemokratisch abgesetzt und aus rein politischen Gründen und Demokratiefeindlichkeit ins Gefängnis gesteckt wurden. Zum Glück konnte mit der demokratischen Wahl von Serra Bucak und Doğan Hatun ein weiterer Höhepunkt in der langen Geschichte des Brückenschlags erreicht werden. Im Februar 2025 hat Serra Bucak, die Co-Bürgermeisterin von Amed/Diyarbakır, mit ihrer Delegation Zürich besucht und im Gemeinderat eine kurze Rede gehalten. Darin lud sie uns alle herzlich ein, ihre Stadt zu besuchen., Das kurdische Neujahr «Newroz» im Frühjahr wäre aus ihrer Sicht ein guter Zeitpunkt für den Besuch. Der Beschlussantrag fordert, dass endlich – analog zum Brückenschlag Zürich–Uri – eine Delegation von maximal 14 Personen Amed besucht. Mit zukünftig einem Besuch pro Legislatur soll die demokratische Brücke zwischen den beiden Städten weiter gestärkt werden. Das natürlich nur, wenn eine demokratische Regierung im Amt ist. Die Gravitation dieser Worte mussten wir leider erfahren. Zu den Emissionen dieser Reise, die zweifellos anfallen, soll ein CO₂-reduzierendes Projekt in Amed unterstützt werden. Von rechter Seite wird uns sicher ein Fehler in der Logik oder Doppelmoral vorgeworfen. Aber die Grünen haben die Ökologie im Blick. Der ökologische Nutzen durch die Zusammenarbeit der Städte wird weitaus grösser als die ökologischen Kosten der Reise sein. Das stellt die Kompensation und weitere Zusammenarbeit in Zukunft sicher.*

Roger Bartholdi (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Ich habe nachgeschaut, wer vor knapp zehn Jahren im Rat war: Weniger als 30 der Anwesenden erlebten den Startschuss. Ich war an vorderster Front dabei. Ich habe die beiden Personen im Namen des Gemeinderats empfangen, sie willkommen geheissen, ein Gespräch



mit ihnen geführt und mich gefreut, sie als Ratspräsident in Zürich begrüßen zu können. Ich finde Austausch grundsätzlich gut und bedauerte es, dass die beiden im Gefängnis interniert wurden. Das zeigt, dass gewisse Länder die Demokratie nicht hochhalten und wie wichtig es ist, dass die Schweiz unabhängig bleibt. Trotzdem unterstützt die SVP den Beschlussantrag nicht. Mit dem Austausch haben wir kein Problem und es gibt heute sehr gute Möglichkeiten dazu. Es gäbe eine Zugverbindung in die Hauptstadt der Türkei, aber der zweite Teil der Reise innerhalb der Türkei wäre hartnäckig. Gleichzeitig sollte man nicht mit einer Reise anfangen, sondern mit dem Sinn und Zweck eines Brückenschlags. Mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landrat Uri ist es gegenseitig. Hier fehlt mir die Diskussion über die Innovation und den Sinn und Zweck. Beim Beschlussantrag geht es nur um die Reise. Eine Zürcher Delegation soll nach Diyarbakır fahren. Was in der Begründung steht, ist nur Begründung – kein Antrag. Was man haben will, muss man in den Antrag schreiben. Das Beste wäre, den Antrag zurückzuziehen und mit anderen Anträgen weiterzumachen, die sich nicht um uns drehen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, so lange über eine Reise zu diskutieren.

Weitere Wortmeldungen:

Niyazi Erdem (SP): *Wegen der fast zehn Jahre dauernden Zwangsverwaltung hatten wir fast keine andere Wahl, als den Austausch mit Amed/Diyarbakır zu beschränken. Seit den Wahlen im Jahr 2024 ist der Austausch wieder möglich. Co-Präsidentin Serra Bucak war im Februar 2025 in der Stadt Zürich. Sie hat sich für viele verschiedene Themen interessiert und der technische, politische und ökologische Austausch war sehr spannend. Ich würde den Austausch gerne wieder pflegen und intensivieren und eine Delegation nach Diyarbakır schicken. Diyarbakır ist eine Stadt, in der die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern möglich ist. Eine Frau kann Präsidentin werden. Das ist demokratisch im Nahen Osten unmöglich. Wenn eine Frau aus dem Nahen Osten Präsidentin werden kann, können wir auch erreichen, dass es im Nahen Osten weniger Krieg gibt. Wir können etwas am männergemachten Krieg verändern und Minderheiten unterstützen. Deshalb werden wir den Beschlussantrag unterstützen.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Kurz nach dem Studium wollten ein Kollege und ich über das Auffahrtswochenende mit dem Zug nach Kiew fahren. Wir haben es uns gut überlegt und dachten, dass wir so etwas von der Landschaft und Distanz sehen. Als wir uns genauer damit befassten, merkten wir: Wir hätten, kaum angekommen, schon wieder auf dem Rückweg sein müssen. Über eine solche Distanz ist es ein Ding der Unmöglichkeit, in sinnvoller Art und Weise anzukommen. Nach Diyarbakır zu gehen, wäre eine sehr gute Idee. Da gebe ich Niyazi Erdem (SP) recht. Aber wenn, dann auf dem Luft- und nicht auf dem Landweg. Auf dem Luftweg wäre ein Ausflug von zwei bis drei Tagen – analog zu einer normalen Kommissionsreise – möglich. Ansonsten sind wir zwei Wochen unterwegs. Das können sich die wenigsten in einem beruflichen Verhältnis leisten. Ich bin niemandem böse, wenn er, sie oder es sich zwei Wochen Ferien nimmt. Aber ich sehe keinen Grund, eine zweiwöchige Reise auf Staatskosten zu finanzieren und zu organisieren. Ich habe die Rede der Bürgermeisterin von Diyarbakır gehört. Auch die*



Fraktion Die Mitte/EVP hat sie bei sich begrüsst und empfangen. Wir haben ihren Worten aufmerksam, beeindruckt und teilweise schockiert zugehört. Nichtsdestotrotz haben wir uns entschieden, diese Reise in dieser Form nicht zu unterstützen. Entweder machen wir einen Brückenschlag mit pragmatischen Verkehrsmitteln oder wir lassen es.

Michele Romagnolo (SVP): *Die SVP-Fraktion lehnt den Beschlussantrag und die geplante Reise einer Delegation nach Amed ab. Oder brauchen Sie Gratisferien auf Kosten der Steuerzahler? Eine solche Reise widerspricht den ökologischen Grundsätzen der Stadt Zürich und dem Ziel, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Mit den heutigen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten ist es nicht nötig, physisch zu reisen. Der Austausch kann einfach und ressourcenschonend online über Videokonferenz erfolgen. Sie sind gegen Autos, Flugzeuge und fossil angetriebene Fahrzeuge. Deshalb könnten Sie Rückgrat zeigen und zu Fuss oder mit dem Lastenvelo gehen.*

Tanja Maag (AL): *Der Stadtrat wollte das damalige Postulat, das eine Städtepartnerschaft forderte, ablehnen. Er begrüsste stattdessen einen Brückenschlag Diyarbakır–Zürich. Der Gemeinderat ging auf diesen Kompromiss ein. Das Komitee des Brückenschlags veranstaltete immer wieder Aktivitäten und konnte gemäss Stadtrat auf dessen fachliche und politische Förderung zählen. In der Realität war es aber so, dass die bescheidene Summe von 10 000 Franken als Unterstützung für den Brückenschlag, um Aktivitäten zu organisieren und eine Delegation aus Diyarbakır zu empfangen, von der AL ins Budget gestellt wurde. Im Februar 2025 durften wir den Besuch empfangen. Nun ist es Zeit, uns solidarisch zu zeigen und den Besuch zu erwidern. Von den Parlamentsdiensten organisiert bedeutet nicht, dass sie der Delegation am Morgen die Brote streichen. Es geht um Abklärungen, die auch im Rahmen einer Kommissionsreise vorgenommen würden. Es ist nirgends die Rede davon, dass die Delegation zwei Wochen auf Staatskosten leben würde. Hätten wir nicht geschrieben, dass die Reise nach ökologischen Kriterien vor sich gehen sollte, hätten Sie uns die Flugzeugnutzung vorgeworfen.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): *Ich habe nichts gegen einen Brückenschlag. Ich schätze die Kurden sehr. Sie haben meinen vollen Respekt. Ein Brückenschlag muss natürlich auf der persönlichen Ebene stattfinden. Mit einer Videokonferenz geht so etwas nicht. Da spielen einfach emotionale Momente eine Rolle. Das kann man nicht auf einer elektronischen Ebene abwickeln. Der Beschlussantrag will, dass die ökologischen Prinzipien der Stadt hinter die Reise gelegt werden. Demnach ist das Flugzeug des Teufels, das Auto satanisch. Dann bleibt der Zug. Aber dort gibt es auch Fragezeichen, weil der Zug von Istanbul nach Anatolien möglicherweise nicht elektrifiziert ist. Selbst wenn es durchgehend elektrifiziert wäre, brauchen Züge sehr viel Strom. Da werden also auch Löcher in die Reserven gerissen. Es braucht Kraftwerke, die den Strom erzeugen. Es bleibt also noch eine Fahrt mit dem Velo und weil man das Gepäck mitnehmen muss, braucht es ein Lastenvelo. In Anatolien ist es im Winter aber eiskalt und im Sommer drückend heiss. Mit anderen Worten: Gesund ist es nicht, dort mit dem Velo zu fahren. Wollen Sie eine Reise machen, die Leben und Gesundheit gefährdet? Nein, danke.*



Sven Sobernheim (GLP): Ich finde es schön, dass der Brückenschlag in der Erinnerung von Tanja Maag (AL) ein Kompromiss war. In meiner Erinnerung sagten der Stadtrat und die Stadtpräsidentin, man solle sie mit dem Thema in Ruhe lassen. Der Brückenschlag war eine Notlösung, weil eine Städtepartnerschaft in der Kompetenz des Stadtrats liegt und dieser lieber nach San Francisco als mit dem Zug in die Türkei reist. Die GLP stand Städtepartnerschaften und Brückenschlägen immer kritisch gegenüber. Wir haben bei Beschlussanträgen Stimmfreigabe und lehnen den Antrag mehrheitlich ab. Ein Teil wird zustimmen, um zu sehen, wie die Delegation zwei Tage im Zug reist.

Stefan Urech (SVP): Ein Wort zum Votum von Yves Henz (Grüne): Es ist bezeichnend, dass jedes Mal, wenn Beispiele für zeitgenössischen Faschismus oder faschistische Regierungen gebracht werden, nicht Beispiele wie die Taliban oder die Hamas genannt werden. Stattdessen wird auf Donald Trump oder uns verwiesen. Wenn man diese Beispiele für faschistische Regierungen nimmt, ist das eine groteske und geschmacklose Verharmlosung des Faschismus und ein Hohn für alle Opfer, die aufgrund faschistischer Regierungen sterben mussten. Zum Beschlussantrag: Man muss in der Türkei keine Bäume pflanzen lassen. Der Weg mit dem Zug ist möglich, das habe ich für eine Kolonne abgeklärt. Wenn man keinen Anschluss verpasst, dauert die Reise vier bis fünf Tage. Ich kippe deshalb in die Richtung, den Beschlussantrag anzunehmen. Vielleicht möchte ich noch ergänzen, dass ihr zu zweit pro Fraktion geht – wenn möglich in den ersten zwei Dezemberwochen, dann ist es nicht so heiss. Sicher habt ihr abgeklärt, ob man mit dem Zug nach Diyarbakır reisen kann. Trotzdem schreibt ihr, dass man es kompensieren soll, wenn man nicht mit dem Zug reisen kann – weil ihr keine Lust habt, so lange Zug zu fahren und lieber fliegt. Es handelt sich um ein politisches Schaulaufen. Wir müssten uns zuliebe zustimmen, damit ihr die Zugreise in Angriff nehmen müsstet.

Jehuda Spielman (FDP): Ob es wirklich Sinn macht, als Gemeinderat tagelang mit dem öffentlichen Verkehr quer durch Europa bis nach Asien zu reisen, darf man bezweifeln. Gemäss Google Maps dauert die Reise nach Diyarbakır pro Weg mindestens zwei Tage, wenn man mit dem FlixBus fährt. Wenn man die Reisezeit und den Aufenthalt zusammenrechnet, ist man mindestens eine Woche unterwegs. Aber mein Hauptproblem mit diesem Beschlussantrag ist grundsätzlicher. Bei der Volksabstimmung zur Verdoppelung der Gemeinderatsentschädigung hatte die FDP ein Plakat mit einer Karikatur. Darauf sah man zwei Personen, die sich an einer Schatztruhe bedienen. Genauso fühle ich mich heute. Es gibt offenbar Leute im Gemeinderat, die gerne reisen und Zeit dafür haben. Anstatt diese Reisen selber zu bezahlen, wollen sie diese über die Stadtkasse finanzieren. Die Reisen werden also von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanziert, die sich solche Reisen finanziell nicht leisten und nicht einfach zwei Wochen freinehmen können. Man will auch, dass die Parlamentsdienste die Reise organisieren. Die Verwaltung wird zum persönlichen kostenlosen Reisebüro umfunktioniert. Das Ganze soll dann auch noch in jeder Legislatur stattfinden. Wir sind nicht die aussenpolitische Kommission des Nationalrats. Wir sind in der Lokalpolitik. Deshalb wären wir auch dagegen, wenn die Reise mit dem Flugzeug stattfände. Das hat nichts mehr mit dem Brückenschlag zu tun. Es handelt sich um Selbstbedienung auf Kosten der Steuerzahler*innen.



5 / 5

Yves Henz (Grüne): Es ist bezeichnend, dass man auf Polemik zurückgreift, wenn man nicht so gute Argumente hat. Wir weisen diese Polemik zurück. Kommissionsreisen sind in diesem Rat eine etablierte Praxis. Diese wurden auch von niemandem infrage gestellt. Deshalb ist es eine Doppelmoral, solche Angriffe auf eine Delegation zu fahren.

Moritz Bögli (AL): Yves Henz (Grüne) hat es angetönt: Kommissionsreisen sind etwas, das dieser Rat gerne und oft tut. Die FDP-Fraktion lehnte eine Reduktion der Kommissionsreisen ab, obwohl das den grössten Effekt in Bezug auf Netto-Null hätte. Gleichzeitig wirft uns die FDP bei diesem Antrag vor, dass wir unnötig auf Staatskosten herumreisen würden. Sie hingegen haben einen Stadtpräsidiumskandidaten, der gerne auf Staatskosten von der Kommissionsreise nach Hause fliegen würde. Diese Inkonsistenz bleibt unbeantwortet, weil euch die vorliegende Zusammenarbeit inhaltlich nicht passt.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 63 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Weiterbehandlung durch die Geschäftsleitung im Sinne von Art. 154 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

2025/417

Brückenschlag mit der Stadt Amed/Diyarbakır, Reise einer gemeinderätlichen Delegation im Einklang mit den ökologischen Prinzipien der Stadt

Um den Brückenschlag zwischen der Stadt Zürich und der Stadt Amed/ Diyarbakır zu stärken, soll eine Delegation von Gemeinderatsmitglieder nach Amed/ Diyarbakır durch die Parlamentsdienste organisiert werden. Diese Reise soll im Einklang mit den ökologischen Prinzipien der Stadt Zürich möglichst auf dem Landweg erfolgen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat